

Rede des Ersten Kreisbeigeordneten und Kämmerers des  
Landkreis Gießen, Dirk Oßwald, anlässlich der Einbringung des  
Haushaltsplanentwurfes 2011 in den Kreistag in seiner Sitzung  
am Montag, 13. Dezember 2010, in Gießen

- Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Kreistagsvorsitzender Prof. Neumann,  
verehrte Kolleginnen und Kollegen,

vor Ihnen liegt der vom Kreisausschuss in seiner Sitzung am 6.  
Dezember festgestellte Entwurf des Haushaltsplanes für 2011. Wenn sie  
hineinschauen, werden sie mir zustimmen, dass sich unsere Freude ob  
dieses Nikolaus-Geschenks in Grenzen halten wird.

Dieser Haushalt ist der letzte Finanzplan, den dieser Kreistag beraten  
und beschließen wird. Ich möchte den Blick deshalb etwas weiter fassen  
als nur auf das Haushaltsjahr 2011 und ihnen heute in neun Thesen  
unsere Lage erläutern und aus meiner Sicht darstellen, was sich daraus  
an Schlussfolgerungen ergibt.

**These 1:**

- **Die Schwankungen der Kommunalfinzen machen eine seriöse Planung unmöglich!**

Die Wahlperiode dieses Kreistages ist in finanzieller Hinsicht an  
Extremen nicht zu überbieten – und zeigt dabei zugleich, wie unstetig  
und unkalkulierbar die Schwankungen der kommunalen Finanzen sind:

Für das Haushaltsjahr 2006 (damals noch auf kameraler Basis) haben  
wir mit einem Defizit von 28 Mio. € geplant. 2009 werden wir im  
endgültigen Jahresabschluss einen Überschuss, also nach fast  
anderthalb Jahrzehnten wieder einen „Gewinn“ von gut einer Million €  
verbuchen. Zwei Jahre später, 2011, stecken wir in einem finanziellen  
Abgrund bisher unbekanntem Ausmaßes:

Der vor ihnen liegende Haushaltsplanentwurf sieht ein negatives  
Ergebnis von sage und schreibe 42,8 Mio. € vor – eine Verschlechterung  
zum Vorjahr um gut 20 Mio. € und zu 2009 um über 43 Mio. €

Dabei liegen wir schon 10 Mio. € besser als noch vor sechs Wochen  
befürchtet: Vor der November-Steuerschätzung des Bundes und vor der

von Wiesbaden geschickt eingefädelt Vorab-Ausschüttung des Landes zur Beruhigung kommunaler Gemüter lag die Prognose noch bei einem Minus von 54 Mio. €.

Woher kommt diese weitere, gravierende Verschlechterung von 2010 zu 2011? Es liegt an zwei wesentlichen Faktoren:

- Durch die 360-Mio.-€-Kürzungen des Landes im Kommunalen Finanzausgleich mit dem damit verbundenen massiven Eingriff in die finanzielle Ausstattung der kommunalen Familie ergibt sich bei uns ab 2011 und - danach dauerhaft - eine Verschlechterung auf einen Schlag von rund 10 Mio. €. Und zwar durch Wegfall der Anteile, die wir bisher aus der Grunderwerbsteuer erhalten haben (jährlich im Schnitt 4,3 Mio. €). Und durch den Wegfall des jährlichen Härteausgleichs für sozial besonders belastete Regionen (5,6 Mio. €). Das sind zusammen die ersten 10 Mio. €.
- Zweiter Grund sind die weiter dramatisch steigenden Soziallasten (insbesondere im Bereich der Jugendhilfeleistungen), die sie im Gesamt-Ergebnishaushalt unter der Bezeichnung „Transferleistungen“ finden. Sie steigen von 90 Mio. € auf 100 Mio. € an, wodurch die zweiten 10 Mio. € Verschlechterung begründet sind.

## **These 2:**

- **Wir stehen bundes- und hessenweit nicht alleine da!**

Die dramatische Finanzsituation der Landkreise betrifft uns in Gießen nicht alleine. Ganz im Gegenteil: Gehörten wir bis vor wenigen Jahren noch regelmäßig zu den Defizit-Spitzenreitern, so befinden wir uns heute im hessischen Mittelfeld. Die Prognosen der Kämmerer-Kollegen - vor der Steuerschätzung von November, aktuellere Zahlen gibt es noch nicht – lagen bei Defiziten von rund 60 Mio. € an der Bergstraße, 56 Mio. € im Lahn-Dill-Kreis, 85 Mio. € in Main-Kinzig oder unglaublichen 107 Mio. € im Landkreis Offenbach.

Weil diese Defizite – also mehr Ausgaben als Einnahmen in einem laufenden Geschäftsjahr – voll auf die Liquidität schlagen, explodieren hessenweit die Kassenkredite. Wir rechnen 2011 alleine mit 52 Mio. € mehr an Kassenkrediten, hessenweit sind es über 750 Mio. €.

750 Millionen Euro zusätzliche Kassenkredite, liebe Kolleginnen und Kollegen, nur für die Landkreise in Hessen und nur für ein Jahr – zusätzlich zu dem Bestand von 165 Mil. € derzeit bei uns und 2,3 Mrd. € hessenweit nur bei den Kreisen. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen.

Die Kassenkredite und deren Zinsen fressen uns auf – und im gleichen Maße die Kommunen. Das macht das Grundproblem deutlich, nämlich jenes der Finanzausstattung der örtlichen Ebene. Das führt mich zu

### **These 3, die lautet:**

- **Wer bestellt, muss auch bezahlen!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen: Unsere Städte, unsere Dörfer, unsere Gemeinden, unser Landkreis - das sind Orte, in denen wir wohnen, arbeiten und unser Leben organisieren. Hier bringen wir unsere Kinder in die Schule. Hier treiben wir Sport, engagieren uns ehrenamtlich, treffen Freunde, gehen einkaufen und feiern Feste. Hier vor Ort, wo wir leben, wird erfahrbar, was politisch entschieden wird.

Hier wird entschieden, wie die Wirtschaft gefördert, die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützt werden kann, wie viele Krippenplätze für die Kleinsten und Schulen mit Ganztagesbetreuung angeboten werden. Wie ein faires Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger miteinander organisiert und gewährleistet wird.

Kommunen und Landkreise haben genau diese vielfältigen Aufgaben der täglichen Daseinsvorsorge. Um sie bewältigen können, sind wir auf eine solide Finanzausstattung angewiesen, denn - von der Gewerbesteuer abgesehen - können Kommunen und Kreise keine wesentlichen eigenen Steuern erheben.

Ich sage es ganz deutlich: Wer den Kreisen und kreisfreien Städten wie uns die Jugend- und Sozialhilfe überträgt, wer die Folgen gesellschaftlichen oder familiären Versagens bei uns ablädt, wer steigende Asylbewerberzahlen in den Kommunen registriert, wer Ganztagsbetreuung von 0 bis 18 Jahren in Kitas und Schulen nach PISA-Schock und Geburtenrückgang will, wer Busse und Bahnen auch auf dem Land fahren sehen möchte und wer uns 40 Millionen Euro „aufbrummt“, um die Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose zu zahlen, der muss uns, den Kommunen und Kreisen, auch das Geld dafür geben.

Doch was passiert bei Bund und Land? Die kommunalen Haushalte zerbrechen unter den explosionsartig steigenden Sozialausgaben, während Bund und Land uns Jahr für Jahr die Einnahmen – sprich: Zuweisungen – kürzen und weitere Aufgaben zuweisen.

Das Sparpaket des Landes hatte ich bereits erwähnt. Es kostet uns dauerhaft mindestens 10 Mio. € jährlich. Und der Bund macht es nicht anders: Letzte Woche hat Berlin endgültig beschlossen, dass sein Anteil an den Kosten der Unterkunft bundesweit weiter gesenkt wird, nämlich auf jetzt nur noch 23%.

Nur zur Erinnerung: 2007 waren wir noch bei fast 32 Prozent. Für uns in Gießen sind das 4 Mio. € Jahr für Jahr weniger! Sie sehen, weshalb sich unser Defizit im Sozialetat so entwickelt.

Deshalb steht für mich fest:

#### **These 4:**

- **So kommen die Kommunen nie aus der Schuldenspirale heraus!**

Schauen sie sich, verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Entwicklung an: Bis 1993 hatten alle deutschen Kommunen zusammen nicht mal 2 Mrd. € Kassenkredite. 2002 waren es schon 10 Mrd. €. Bis Ende 2009 stieg die Summe auf 35 Mrd. € - und für 2014 – vier Jahre später - wird mit 80 Mrd. € gerechnet.

Für mich grüßen da - volkswirtschaftlich gesehen - Griechenland, Portugal und Irland überdeutlich.

Ich bin gespannt, was die beschlossenen Schuldenbremsen von Bund und Land in dieser Hinsicht in den nächsten Jahren noch für uns bewirken werden. So schön der Konsens kürzlich zwischen Opposition und Regierung im hessischen Landtag zur Schuldenbremse und dem deklaratorischen Schutz der Kommunen in Hessen auch gewesen sein mag: Ich glaube nicht daran, dass keine neuen Lasten nach unten verlagert werden, wenn oben keine Miesen mehr gemacht werden dürfen. Bei unserem Landeswohlfahrtsverband in Hessen kann man seit vielen Jahren eindrucksvoll erleben, wie sich übergeordnete Sozialhilfe-Aufgaben ohne Defizite erledigen lassen – in dem die steigenden Ausgaben einfach 1:1 auf die Kreise und kreisfreien Städte umgelegt werden, ganz gleich wie hoch die Kosten auch steigen mögen.

Hier muss gehandelt werden – und zwar schnell. Entweder durch drastische Einschränkungen in den Leistungen, durch Erschließung zusätzlicher Einnahmequellen oder durch radikale Straffung staatlicher Strukturen.

Dr. Emmerich hat dies in seinem Hintergrundbericht am Samstag im Giessener Anzeiger aus meiner Sicht auf den Punkt gebracht: Ohne grundlegende Änderungen – auch in den unteren staatlichen Ebenen – sind die Finanzen nicht sanierungsfähig. Eine der drei Ebenen – Kommune, Kreis oder Regierungspräsidien – ist schon lange zuviel. Kein Mensch braucht neben örtlichen Verwaltungen noch Untere und Obere Wasser, Natur-, Brandschutz-, Denkmal-, Bauaufsichts- oder zig weitere andere Behördenarten in doppelter Ausführung. Zwischen Ortsebene und Landesregierung muss eine Mittelebene ausreichen. Welche das sein sollte bzw. welche künftig nicht mehr, dazu mag sich jeder seine eigenen Gedanken machen. Ich habe dazu eine klare Meinung und ich glaube, diese mit den meisten Kolleginnen und Kollegen hier im Raum zu teilen.

#### **These 5:**

- **Der Schutzschirm kann ein Beitrag zur Lösung sein – die Erhöhung der Kreisumlage nicht!**

Dass die hessischen Landkreise aus der Schuldenspirale zwingend heraus müssen, ist völlig klar. Der Weg über die weitere Erhöhung der Kreisumlagen aber führt für meine Begriffe in die völlig falsche Richtung.

Ja, wir haben noch 1,5 Prozent „Luft nach oben“, bis wir die vom Land völlig willkürlich gesetzte Marke von 58 Prozentpunkten für Kreis- und Schulumlage erreicht hätten.

Ja, sie könnten im Februar bei der Verabschiedung die Anhebung beschließen und:

Ja, ich sehe die Gefahr, dass das Regierungspräsidium mit der Genehmigung die Auflage zur Erhöhung verbinden wird.

Was aber wäre die Konsequenz, was brächte uns die Erhöhung um jene 1,5 Prozentpunkte auf einen historischen Höchststand von 58 Punkten? Keine 3 Millionen Euro Mehreinnahmen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Unser Defizit sänke kaum spürbar auf immer noch über 40 Mio. €.

Den Städten und Gemeinden aber würde dafür finanziell die Luft noch weiter abgeschnürt, dort stiegen die Defizite entsprechend. Die kommunale Familie hier im Landkreis hätte überhaupt nichts davon. Es wäre ein reines Nullsummenspiel. Das ist die Botschaft, die wir kraftvoll an den Brandplatz und nach Wiesbaden aussenden sollten – ob sie beherzigt wird – warten wir es ab.

Viel hören wir in den letzten Monaten dagegen vom „Kommunalen Schutzschirm“ aus Wiesbaden. Bringt die hessische „Bad Bank“ den Kommunalfinzen die Rettung? Saniert sie die Haushalte hessischer Städte und Kreise? Starten wir in Gießen schon 2012 etwa in eine schuldenfreie Zukunft?

Ganz sicher nicht: Schon der geplante Einsatz des Landes mit 3 Milliarden Euro macht dies deutlich. Alleine die Landkreise werden Ende 2011 Kassenkredite in dieser Höhe haben – kreisfreie Städte, Sonderstatusstädte und die über 400 anderen Städte und Gemeinden noch gar nicht eingerechnet.

Ich sage aber auch: Dass das Land die Kommunen und Kreise mit einer Teil-Entschuldung unterstützen will, ist positiv zu werten. Auch wir werden uns intensiv darum bemühen, uns wenigstens von einem Teil unserer Kassenkredite und damit der Zinslasten zu befreien. Unsere Kämmererleiterin Jutta Heieis sitzt im Verhandlungsteam von kommunaler Seite – wir sind dicht dran an den Informationen.

Dauerhaft helfen aber wird auch eine Teil-Entschuldung nicht, wenn die Grundprobleme nicht gelöst sind: eine andere Verteilung der sozialen Lasten in unserem Staat und/oder eine andere Verteilung der Steuereinnahmen.

Interessant aber wird die Frage sein, welche Voraussetzungen für eine Aufnahme unter den Schutzschirm letztlich zu erfüllen sein werden. Ob es bei der derzeit – unrealistischen - Verpflichtung zu dauerhaft ausgeglichenen Haushalten bleibt, wird sich zeigen.

Fest aber dürfte stehen, dass nur profitieren wird, wer dauerhaft, ernstgemeint und nachprüfbar einen Konsolidierungskurs vor Ort fährt.

Das führt mich zu

**These 6:**

- **Unser Konsolidierungsprozess war 2010 so intensiv und tiefgehend wie noch nie und wir müssen ihn 2011 in gleicher Intensität fortsetzen!**

Unser Haushalts sicherungskonzept 2010 – von manchem hier vielleicht nicht ganz so ernst genommen – hat Aufmerksamkeit erregt. Zu allererst bei unserer Aufsicht. Wir hatten so schnell wie kaum ein anderer Landkreis in Hessen einen genehmigten Haushalt. Aber auch bei anderen Kreisen sorgte er für Aufmerksamkeit, wurde mehrfach angefordert und in Teilen anderenorts übertragen.

Es war die Mischung aus Rückblick auf bereits Erreichtes in den letzten 10 Jahren und den ernstgemeinten Ansätzen, die sich im zweiten Teil verbargen.

Wir haben diesen Auftrag von Ihnen, verehrte Abgeordnete, und von der Aufsicht ernst genommen und im Januar einen Prozess angestoßen, wie es ihn so noch nie gab im Landkreis Gießen. Die eingerichtete Lenkungsgruppe zur Haushaltskonsolidierung unter Leitung unseres Controllers H.O. Gerhardt hielt den HH-Sicherungsprozess konsequent nach. Ein Großteil der Aufträge konnte in verwaltungsinternen Teilprojekten und mittels interner oder externer Analysen abgearbeitet werden. Ich will nur einige Beispiele nennen, die dauerhaft wirken und entlasten werden:

- 2 Analysen zur Optimierung des Forderungsmanagements – Umsetzung in vollem Gange
- Finanzielle Beteiligung der Kommunen mit 25% an Sportstätten-Investitionen – Umsetzung erfolgt; erste Einnahme 2011 erwartet
- Externe Analyse der „Hilfen zur Erziehung“: hochinteressante Erkenntnisse – Projektabschluss im Februar – Umsetzung ab Frühjahr
- Durch aktives Zins- und Schuldenmanagement Reduzierung der Durchschnittsverzinsung bei den Kassenkrediten auf 2,17 % und bei den längerfristigen Verbindlichkeiten auf 5,43 %.
- In Zusammenhang mit dem demografischen Wandel und der damit einhergehenden Abnahme der Schülerzahlen Reduzierung der bewirtschafteten Schulflächen um rd. 8.000 m<sup>2</sup> oder 3,4 % aller Schulflächen.

Erstmals nahm zudem eine interfraktionelle Arbeitsgruppe unter Leitung des HFWR-Vorsitzenden Siegbert Damaschke einen Dialog zum Thema Sanierung der Kreisfinanzen auf. Einen Dialog, der vorbildlich läuft. Mit großer Sachlichkeit und ernsthaftem Bemühen von allen Seiten widmen wir uns seitdem intensiv Themen wie der Eindämmung ausufernder ÖPNV-Kosten, besonders im Schüler-Verkehr, Einnahme- und Ausgabestrukturen im Gesundheitsamt, der Straffung der Organisation in unserer Behörde und der Optimierung des Liegenschaftsmanagements an unseren Schulen in Kooperation mit den Städten und Gemeinden. Hier sei nur aus aktuellem und witterungsbedingtem Anlass das Thema „Winterdienst“ genannt. Die Chancen stehen gut, dass wir hier auch unabhängig von Grundschul-Trägerschaften vor Ort künftig besser und enger zusammen arbeiten und Kommunen und Kreis gemeinsam effizienter ihre Aufgaben erledigen werden als heute.

Ich erinnere mich gut an die berechtigte Skepsis, die hier vor einem Jahr bei der Einrichtung der Arbeitsgruppe herrschte. Im Nachhinein können wir sagen: Sie war unberechtigt. Das Arbeitsklima ist gut und konstruktiv; es wird hier weder ideologisch diskutiert noch Wahlkampf betrieben.

Oder – dritte Ebene – die Arbeitsgruppe aller drei hauptamtlichen Dezernenten mit Bürgermeistern aus Kommunen und der Stadt Gießen – hessenweit übrigens einmalig -, die ebenfalls seit Januar konkrete Projekte zur Interkommunalen Zusammenarbeit erarbeitet. Es ist kein einfacher Prozess, wir brauchen langen Atem, aber: 2011 werden wir mit den ersten Projekten starten. Da bin ich mir sehr sicher!

Ich werbe darum, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir auf diesen drei Ebenen – verwaltungsintern, mit der Kreispolitik und im Dialog mit Kommunen und Stadt Gießen – weiter an diesem dicken Brett der schrittweisen Veränderungen bohren. Auch durch den Wahlkampf hindurch und in den neuen Kreistag hinein. Nur so – gemeinsam – können wir dauerhaft Strukturen nachhaltig zum Besseren verändern.

Bei allem positiven Rückblick auf diesen neuen Prozess der Haushaltssicherung 2010 aber braucht es aus meiner Sicht künftig mehr an einer Eigenschaft bei allen Beteiligten:

#### **These 7:**

- **Wir brauchen mehr Mut zur Veränderung!**

Wir stecken mitten in der größten Krise der Finanzen unseres Landkreises. Krisen verlangen Veränderungen. Und Veränderungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, verlangen Mut.

Mut von denen, die für Entscheidungen gewählt sind. Das sind Sie, die Abgeordneten, das ist der Kreisausschuss und das sind wir, die Dezernenten als Verwaltungsleitung.

Wir haben viele Prozesse und Projekte angestoßen und werden mit dem im Januar folgenden HH-Sicherungskonzept 2011 weitere auf den Weg bringen. Wir haben noch nie so tiefgehend analysiert, Abläufe aufgezeigt und Strukturen kritisch hinterfragt wie derzeit.

Was aber danach zwingend folgen muss, sind Entscheidungen. Und da tun wir uns alle für meine Begriffe viel zu schwer. Den Optimierungsbedarf sieht jeder von uns. Angefangen werden soll aber am besten beim anderen. Für den eigenen Beritt gibt es immer genug Gründe, warum es gerade hier noch nicht geht.

Beispiele wie zwei Volkshochschulen in einem Landkreis mit eigenen Verwaltungen, wie eine Mobilitätszentrale, die man zwingend nur noch für verlorene Jahreskarten braucht, Schulen, die nach Schülerrückgängen längst überdimensioniert sind und durch zusätzliche Nutzer wirtschaftlicher geführt werden könnten oder Skifreizeiten des Kreises in Österreich, bei denen vorher acht Betreuer eine Vorfahrt machen müssen, möchte ich hier nur symbolisch nennen. Symbolisch dafür, dass es in allen Bereichen, in allen Dezernaten, in allen Politik- und Verwaltungsfeldern noch mehr Mut zur Veränderung braucht.

Nur wenn wir diesen Mut zur Veränderung haben und diese Veränderungen auch bereit sind gegen Widerstände umsetzen, können wir Anspruch erheben auf Hilfe von anderen.

Trotz allem, liebe Kolleginnen und Kollegen:

### **These 8:**

- **Wir haben noch nie soviel in die Zukunft der Region investiert wie in den Jahren 2006 bis 2011!**

Trotz all dem oben Erwähnten: Wir haben in den Jahren 2006 bis 2010 im klassischen Schulbau soviel investiert wie in keiner Legislaturperiode zuvor: jedes Jahr im Schnitt 7,5 Mio. €, in Summe fast 38 Millionen Euro

in fünf Jahren. Und das ist der Betrag ohne Bauunterhaltung und vor allem ohne die Konjunkturprogramme.

Zusammen mit diesen Bundes- und Landeszuschüssen aus SIP und ZIP – der „wundersamen Geldvermehrung, wie es Kollege Becker immer sagt - kommen wir auf über 65 Mio. € für den Zeitraum 2006-10.

Zusammen mit den jetzt geplanten Projekten für 2011 werden es 80 Mio. € sein, die diese Koalition alleine in Ausbau von Bildung und Betreuung investiert hat.

Geld, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem alle weiterführenden und auch alle Förderschulen flächendeckend auf einen modernen baulichen und pädagogischen Stand gebracht sind oder gerade werden. Alle sind inzwischen ganztagsfähig und verfügen über moderne Technik und Ausstattung – ob im Bereich der Naturwissenschaften oder der IT.

Wir haben alle Grundschulen, die sich bereits konzeptionell auf den Weg zur Ganztagsfähigkeit gemacht haben, durch um Um- und Anbauten für Mensen und Betreuung auch baulich dafür fit gemacht. Dieser Prozess setzt sich laufend fort: 2011 folgen mit Londorf, Rüdtingshausen und Salzböden die nächsten Grundschulen plus jene, die im Mietmodell saniert oder neu gebaut werden.

Mit über 2,6 Millionen € aus Bundesmitteln werden wir außerdem den Ausbau der U3-Betreuung in den Kommunen fördern. Schon heute gehören wir zu den Landkreisen mit der höchsten Ausbaurate an Krippen-Plätzen in Hessen – ein wichtiger Standortfaktor einer familienfreundlichen Region.

Und wir investieren 2011 weiter, und zwar abermals deutlich stärker als im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Und weiterhin mit einem klaren Schwerpunkt, denn wir haben in Deutschland keine Ressourcen außer dem Verstand unserer Kinder und Jugendlichen. Die Zukunft auch unseres Kreises hängt von der Entwicklung ihres Wissens ab. Übrigens auch die Entwicklung unserer Sozialausgaben, verehrte Kolleginnen und Kollegen, die davon aktiv beeinflusst ist.

Denn nur mit einem weiterhin kraftvollen Ausbau der Betreuungsangebote in Kindergärten, Grund- bis zu weiterführenden Schulen kann es uns gelingen, die soziale Spreizung im Bildungsbereich zu verringern. Nur mit deutlich ausgeweiteten Ganztagsangeboten, Förderprogramm, Hausaufgabenhilfe oder Nachhilfeprogrammen können wir erreichen, dass soziale Herkunft nicht ausschlaggebend dafür ist, ob

die Kleinen den Weg zum Abitur und Studium schaffen. Es ist erwiesen, dass Kinder aus bildungsfernen Schichten, und davon gibt es in Stadt und Landkreis überdurchschnittlich viele, prinzipiell genauso viel „auf dem Kasten“ haben, gute Voraussetzungen mitbringen, Potentiale haben, die bislang leider zu wenig abgerufen und daheim eben nicht gefördert werden können. Weil wir sie gerade nicht zur nächsten Hartz-IV-Generation machen wollen, investieren wir auch 2011 und 2012 soviel in Kindertagesstätten und Schulen – obwohl wir es uns finanziell eigentlich nicht leisten könnten.

Im klassischen Schulbauetat steht so die weitere Sanierung der Adolf-Reichwein-Schule in Pohlheim an, der Beginn der mehrjährigen Sanierung der Willy-Brandt-Berufsschule in Gießen, der komplette Einbau einer neuen Lehrküche dort und parallel zur Erweiterung auch die vollständige energetische Sanierung der Martin-Buber-Förderschule. Und wir werden 2011 – wie aktuell vereinbart – in das Konzept für den zentralen Grund- und Förderschulstandort in der Kernstadt Lich einsteigen, wobei diese Mittel im Januar noch über die Änderungsliste in den Haushalt einfließen werden.

Über die klassischen Haushaltsmittel hinaus wollen wir nächstes Jahr alleine über das neue Finanzierungsinstrument Mietmodell Investitionen im Umfang von weiteren 12 Mio. € auf den Weg bringen. Neue Sporthallen in Hungen und Linden sollen entstehen, die Grundschule in Watzenborn-Steinberg saniert, ein neuer Schulklassentrakt an der Theo-Koch-Schule in Grünberg und in Krofdorf eine komplette neue Grundschule als fortschrittliches Verzahnungsprojekt in Nachbarschaft zum örtlichen Kindergarten gebaut werden.

Stichwort Verzahnung: Wie kein anderer Landkreis haben wir die Konjunkturmittel gerade hier im Sinne des hessischen Bildungs- und Erziehungsplans von 0 bis 10 Jahren eingesetzt. In 14 ganz unterschiedlichen Einzelprojekten über den gesamten Landkreis verteilt haben sich Grundschulen und Kindertagesstätten mit unserer Unterstützung auf den Weg zu dauerhaft stärkerer Zusammenarbeit gemacht.

Mit einem Pauschaletat von 250.000 € im Finanzhaushalt werden wir diesen erfolgreich begonnenen Prozess der frühkindlichen Bildung im Landkreis Gießen auch 2011 fortsetzen und Anreize schaffen für die so notwendigen Kooperationen von Kindertagesstätten und Grundschulen im Sinne eines reibungslosen Übergangs.

In gleicher Form und Summe stehen auch 2011 Pauschalmittel für weitere Barrierefreiheit an den Schulen bereit. Die Botschaft: Die Millionen aus den Konjunkturpaketen, die wir auch hier eingesetzt haben, waren keine Eintagsfliegen: Wir machen konsequent weiter auf dem Weg zur gelebten Inklusion!

Dazu wird 2011 und in den Folgejahren kräftig aufgestockt um fast 50% auf rund 800.000 € bei den Anschaffungen neuer PCs für die Schul-IT. Wir werden den neuen Technologieplan des Kreises für die Schulen mit Leben erfüllen und damit allen Schulen Schritt für Schritt moderne Technik für zeitgemäßes Lehren und Lernen bereitstellen. Und auch der Support soll Mitte des Jahres auf grundlegend neue Beine gestellt werden.

Aber auch in die Kreisstraßen werden wir 2011 mehr investieren als bisher - nach erklärtem Willen dieses Hauses traditionell aber in der Priorität klar hinter den Schulen. Was ich unterstütze, was man unseren Straßen aber auch deutlich anmerkt.

Auf den Weg bringen wir die folgenden größeren Investitionen für 2011 und 2012 an unseren Kreisstraßen:

- Ausbau Teilstrecke der K31 und des Bahnübergangs zwischen Buseck-Trohe und Gießen-Rödgen samt Radweg
- Erneuerung der Fahrbahndecke an der K38 zwischen Belterhain und Göbelnrod bis zur B 49
- Erneuerung der Fahrbahndecke an der K 149 zwischen Nieder-Bessingen und Nonnenroth
- Grundhafte Erneuerung der schlechtesten Kreisstraße überhaupt, der K 145 – zwischen Wetterfeld und Lauter
- Teilausbau der K 394 in der Ortsdurchfahrt Lollar-Salzböden

und als Teil der 25-Mio.-€-Modernisierung der Vogelsbergbahn zwischen Gießen und Fulda die

- Verbesserung der Sicherheitsstandards an den Bahnübergängen im Bereich unserer Kreisstraße.

Allesamt Zukunftsinvestitionen, mit denen wir unsere wunderschöne, lebenswerte Heimatregion, vor allem aber den ländlichen Raum attraktiv

halten. Attraktiv für die Menschen, die hier leben und die wir überzeugen wollen hierzubleiben. Und attraktiv für diejenigen, die wir animieren wollen hierher zu ziehen, weil das Leben im Giessener Land – mitten in Deutschland und mitten in Hessen - ideale Rahmenbedingungen in jeder Hinsicht bietet.

Zukunftsinvestitionen, die ergänzt werden durch weitere Millionenausgaben der in diesem Jahr vom Kreis gegründeten Solarstiftung „Von Schulen für Schulen“ und der auf Bürgerengagement beruhenden Solargenossenschaft für Photovoltaik auf unseren Schulen, durch das Klimaregio-Paket des Landes für mehr Energieeffizienz und durch die Breitband-Initiative dieses Hauses, die mit privatem und öffentlichem Geld ab dem nächsten Jahr endlich DSL für alle im Landkreis schaffen soll.

Trotz dieses ehrgeizigen Programms werden wir auch 2011 unser langjähriges Konsolidierungsziel im Finanzhaushalt erreichen: Wir planen trotz alledem einen noch höheren Abbau der langfristigen Schulden als in den Vorjahren, nämlich um 9,4 Mio. € statt bisher im Schnitt 7 Mio. € pro Jahr.

Die Koalition hat damit ihr Ziel im Koalitionsvertrag, die langfristigen Schulden um 35 Mio. € zu senken, nicht nur erfüllt, sondern auf 40 Mio. € steigern können.

Zusammen mit den Anstrengungen der Vorgänger-Regierungen sinkt der Schuldenberg – Konjunkturprogramme ausgenommen – damit seit 2000 von 168 Mio. € auf 94 Mio. € Ende 2011 und damit um über 76 Mio. €.

Lassen sie mich zum Schluss überleiten zur letzten These, der neunten, die aussagt, was wir als Kreisverwaltung neben Geld zwingend brauchen, um all diese ehrgeizigen Ziele und Ansprüche umsetzen:

#### **These 9:**

- **Qualifizierte und motivierte Mitarbeiter sind unsere wichtigste strategische Ressource**

Die Menge der Köpfe in unserer Kreisverwaltung wird weniger. Weil das Geld fehlt und wegen des demografischen Wandels, der schon heute als Fachkräftemangel gerade bei Ausschreibungen von höher qualifizierten Stellen deutlich spürbar ist.

Von den Wenigeren wird aber gleiche Produktivität und Kreativität erwartet – sie müssen immer mehr und immer Anspruchsvolleres leisten.

Die Geschichte lehrt uns, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass hinter allen erfolgreichen Staaten immer hervorragende Verwaltungen standen.

Übertragen auf uns bedeutet das, dass wir weiter und verstärkt investieren müssen in beste Ausbildung, Qualifizierung, Fortbildung und auch Motivation unserer Bediensteten.

Dazu gehört die Ausbildung junger Menschen in unserem Haus sowohl in Umfang wie in Qualität mindestens auf dem bisherigem Niveau. Dazu gehört, dass wir das 2010 begonnene, ehrgeizige Drei-Säulen-Modell zur Aus- und Weiterbildung unserer Führungskräfte fortführen. Dazu gehört, dass wir 2011 mit dem Drei-Jahres-Programm für unseren „Goldfischteich“ – unsere Führungskräfte von morgen – beginnen. Dazu gehört ein modernes, einfach handhabbares Ideenmanagement mit schnellen Prämien für gute Verbesserungsvorschläge, wie wir es in Kürze starten. Dazu gehört, dass wir die technischen Voraussetzungen für echte Teleheimarbeit schaffen, wie es im nächsten Jahr geplant ist. Und dazu gehört, dass mit der für Frühjahr angestrebten Auditierung „Beruf und Familie“ auch aktiv daran gearbeitet und damit geworben wird, dass Vereinbarkeit von Beruf und Familie keine Worthülse ist, sondern in der Kreisverwaltung gelebt werden kann – ob die Familie nun nach Betreuung von Kindern oder pflegedürftigen Angehörigen – ob dauerhaft oder von heute auf morgen - verlangt.

Apropos motivierte Mitarbeiter: Lassen Sie uns zum Schluss der gesamten Verwaltung danken und speziell dem Team der Finanzabteilung um Jutta Heieis und Klaus-Dieter Schmitt sowie dem unterstützenden Controlling-Team um Hans-Otto Gerhardt für den diesmal in verschiedener Hinsicht ganz besonders schwierigen Aufstellungsprozess dieses Etats 2011.

Vielen Dank.